

LEITARTIKEL

Drücken vor der Wahrheit

Mit seinem Versagen in Afghanistan hat sich der Westen ein neues Flüchtlingsproblem bereitet

Wer seine Augen nicht vor der Weltlage verschließt, der weiß: Die Situation in Afghanistan spitzt sich fast zwei Jahrzehnte nach den Anschlägen vom 11. September 2001 dramatisch zu und hinterlässt dabei auch innenpolitisch Flurschäden. Die Opposition im Bundestag fordert jetzt einen Untersuchungsausschuss, der die Frage klären soll, wie die Bundesregierung zu ihren gravierenden Fehleinschätzungen der Lage gelangt ist. Marcus Grotian, Bundeswehr-Offizier und Gründer des Patenschaftsnetzwerks Afghanische Ortskräfte, tritt an diesem Dienstag vor die Presse. Kanzlerin Angela Merkel lässt am Mittwoch im Bundestag eine Regierungserklärung folgen. Statt – wie geplant – am Hindukusch einen leidlich funktionierenden Staat mit halbwegs demokratischem Antlitz aufzubauen, hat der Westen den Men-



MARKUS DECKER
ksta-politik@
dumont.de

es die Lage zulässt, werden Straftäter und Gefährder wieder nach Afghanistan abgeschoben. Das ist spätestens nach dem Fall der Hauptstadt Kabul an die Taliban eine Illusion.

Das akute Problem betrifft die Ortskräfte, für die Grotian und andere sich einsetzen. Der Mann hat die Misere schon im Frühsommer prophezeit. Und sie ist jetzt mit maximaler Wucht eingetreten. Die maßgeblichen Ministerien waren uneins und teilweise unwillig. Zudem legten sie den Helfern der Bundeswehr und ihren Angehörigen administrative Steine in den Weg. Nun ist guter Rat teuer. Im Fernsehen sehen wir Bilder von unhaltbaren Zuständen am Flughafen Kabul. Niemand kann sagen, er habe es nicht wissen können. Auch der Blick auf den reibungslosen Umgang anderer Länder mit ihren Ortskräften legt das deutsche Versagen offen.

Schließlich stellt sich die Frage nach dem Umgang mit all den afghanischen Flüchtlingen, die sich erst in den vergangenen Wochen auf den Weg nach Europa gemacht haben oder dies noch tun werden. Wollen wir sie der ohnehin überlasteten Türkei aufbürden oder ihnen Lager in Griechenland und auf dem Balkan zumuten? Darüber wird zu reden sein. Afghanistan ächzt bereits unter mehr als einer halben Million neuer Binnenflüchtlinge seit Jahresbeginn. Da ist es keine Geheimwissenschaft, zu ergründen, was sich daraus ergibt.

Wichtig ist vor allem, aus dieser gigantischen Blamage des Westens zu lernen. Und eine Lehre ist gewiss, die militärischen und politischen Grenzen von Auslandseinsätzen anzuerkennen. Ein zweites Afghanistan darf es nicht geben.

Das akute Problem betrifft die Ortskräfte

schen dort ein Desaster hinterlassen und sich selbst ein beträchtliches Flüchtlingsproblem bereitet. Die deutsche Politik hat darauf nur bedingt Antworten. Sie drückt sich unverändert vor der Wahrheit.

Zwar hat die Bundesregierung zuletzt einen Abschiebestopp verhängt, nachdem seit 2016 mehr als 1000 Flüchtlinge nach Afghanistan zurückgeschickt worden waren. Noch am 11. August sagte der zuständige Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) jedoch, „sobald

KOMMENTAR

Lastenrad als Hassobjekt

Der Wahlkampf ist wieder einmal autofixiert

Was Linken und Grünen das SUV, ist Rechten und Konservativen das Lastenrad: ein Hassobjekt. Der Aufruhr in den sozialen Netzwerken über den Grünen-Vorschlag, auch Privatleuten den Kauf eines Lastenrads mit 1000 Euro zu subventionieren, kam daher nicht überraschend. Von CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak bis zum AfD-Spitzenkandidaten Tino Chrupalla waren sich alle einig: Nun sind die Grünen endgültig abgedreht.



JAN STERNBERG
ksta-politik@
dumont.de

argumentieren die Grünen und liegen nicht ganz falsch. Das Dieselprivileg kostet den Staat jährlich 1,4 Milliarden Euro, die höhere Kfz-Steuer ist da schon gegengerechnet. Eine Lastenrad-Milliarde nimmt sich daneben nicht mehr gar so absurd aus.

Natürlich denken die Grünen hier vor allem an ihre Stammwähler in den urbanen Milieus. Doch auch auf dem Land werden viele Strecken im Fünf-Kilometer-Radius zurückgelegt – ein Lastenrad kann hier zumindest den Zweit- oder Drittwagen ersetzen.

Wie autofixiert auch dieser Wahlkampf abläuft, zeigt die Lastenrad-Debatte perfekt. Besonders entlarvend ist die erschrockene Frage: „Wo sollen die alle parken?“ Bei subventionierten Autos hat diese Frage noch keiner gestellt.



Rette sich, wer kann

Heiko Sakurai

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

Im Machbarkeitsdilemma

Vor der Wahl erkennen die Bürger zwar Wandlungsbedarf, überführen dies aber nicht in Handlungsbereitschaft

Aufbruchstimmung? Wahlkampf-Fieber? Gar ein Ruck, der durch Deutschland geht? Von alledem ist gut einen Monat vor dem 26. September wenig zu spüren. Wie vor jeder Bundestagswahl hat das „rheingold“-Institut mit Hilfe tiefenpsychologisch gestützter Interviews die seelische Befindlichkeit der Deutschen untersucht. Das Ergebnis zeigt einen verbreiteten Rückzug in private Räume, ins eigene Schneckenhaus als Reaktion auf Bedrohungen wie die Flutkatastrophe, verheerende Waldbrände, wieder sprunghaft steigende Corona-Zahlen oder zuletzt die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan. Dazu türmen sich vor den Menschen gesellschaftliche Herausforderungen auf wie die Sorge um die Sicherheit der Rente oder den sozialen Zusammenhalt.



STEPHAN GRÜNEWALD
ist Geschäftsführer des Kölner „rheingold“-Instituts. Er schreibt aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen

Überwältigt von Größe und Wucht der Probleme, erkennen die Bürgerinnen und Bürger zwar einen dringenden Wandlungsbedarf, sind aber gleichzeitig zu angstvoll oder resignativ, um ihn in entschiedene Handlungsbereitschaft zu überführen. Sie stecken in einem fatalen Machbarkeitsdilemma. Das wirkt sich erheblich auf die Wahrnehmung der Parteien, ihrer führenden Politikerinnen und Politiker und damit auf die Wahlentscheidung aus. Viele Wähler meiden derzeit die Festlegung auf eine Partei und damit auf einen möglichen Lösungsweg, weil ihnen das zu viel Entscheidung und in der Folge womöglich auch Turbulenzen im Schneckenhaus abverlangen würde.

Die Menschen entwickeln ambivalente Strategien, um das persönliche Machbarkeitsdilemma aufzulösen. Einerseits suchen sie jemanden, die oder der die bevorstehenden Herkulesaufgaben annimmt und sie kraftvoll aus den Problemen herausführt. Andererseits versuchen sie, sich zu beweisen, dass es solch eine Führungsgestalt eben nicht gibt und mithin keiner der

men. Sie repräsentieren vielmehr unterschiedliche Strategien im Umgang mit dem Machbarkeitsdilemma.

Armin Laschet als Bewerber der CDU/CSU wird als eher gutmütiger und weicher Politiker beziehungsweise als „rheinische Frohnatur“ wahrgenommen, der die großen Härten abfedert. Beweglichkeit und Teamfähigkeit lassen auch eine produktive Koalition mit den Grünen und der FDP erwarten. Allerdings hat Laschet durch seinen Lacher im Flutgebiet, der praktisch allen Wählern haften geblieben ist, deutlich an Statur eingebüßt.

Die Grünen gelten zwar als die glaubwürdigsten Mahner im Kampf gegen den Klimawandel. Sie fordern in den Augen der Wähler aber auch am ehesten harte Konsequenzen und stehen damit sowohl für den Wandlungsanspruch als auch das Machbarkeitsdilemma. Sie werden mitunter auch als Verzichts- oder Verbotsparterie gesehen, rigide und abgehoben. Durch das Führungsduo mit Annalena Baerbock und Robert Habeck wirken die Grünen allerdings weniger ideologisch, streng und asketisch, sondern eher nahbar und sinnenfreudig. Die Wahlplakate spiegeln das unbewusst und betreiben buchstäblich grüne Schönfärberei: Robert und Annalena stehen nebeneinander wie Brüderlein und Schwesterlein oder wie Adam und Eva und verheißen den schonenden Übergang in eine paradiesisch anmutende Zukunft.

Olaf Scholz war zu Beginn des Wahlkampfes der unsichtbare Dritte. Die Wähler erlebten ihn als unscheinbar, kühl, leblos und akademisch. Seit Armin Laschets Lacher-Fauxpas avanciert Scholz zusehends zum lachenden Dritten, eben weil er nicht lacht. Jetzt treten in der Wahrnehmung der Wähler eher „Kompetenz, Seriosität und staatsmännischer Habitus“ hervor. Das mit der Merkel-Union verbundene Konstanzversprechen löst in den Augen der Wähler nun Scholz am besten ein. Das Machbarkeitsdilemma mildert er ab durch eine Mischung von „emsigem Abarbeiten des Problems“ und „Auspacken der Finanz-Bazooka“, was möglicherweise die größten Wandlungshärten abmildert. Allerdings wird Scholz von vielen nicht unmittelbar mit der SPD in Verbindung gebracht. Die Wähler haben ihn zwar auf dem Zettel, werden ihn jedoch auf dem Wahlzettel nicht finden.

Verlässliche Prognosen sind damit fünf Wochen vor der Wahl schier unmöglich. Wie vor keiner anderen Wahl bisher denken die Bürger in Koalitionen. Viele würden am liebsten ihre Stimmen splitten, um ein eigenes Koalitions-süppchen zu kochen. Das individuelle Rezept besteht im Wesentlichen aus drei Zutaten:

- Konstanz und ein bewegliches Weiter so. Diese Ingredienz steuern die Union und – in Person – auch Olaf Scholz bei.
- Wandel und moderate Anstrengungen zur Krisenbewältigung. Das bringen die Grünen ins Koalitions-süppchen ein.
- Erhalt persönlicher Freiheiten und Spielräume. Das ist die Würze, die am ehesten von Christian Lindners FDP erwartet wird.

KOMMENTAR

Lehren aus der Flut ziehen

NRW muss Flusssanleger künftig effektiver schützen

VON GERHARD VOOGT

Nach der Flut-Tragödie in NRW rückt ein Untersuchungsausschuss immer näher. Ein Jahr vor der Landtagswahl wird sich die Opposition die Chance nicht entgehen lassen, NRW-Innenminister Herbert Reul und Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (beide CDU) Pannen im Krisenmanagement nachzuweisen. Schon jetzt ist klar, dass es Fehleinschätzungen gab. Warnungen wurden teilweise zu spät weitergeleitet oder nicht ernst genommen. Die Aufarbeitung von Versäumnissen ist notwendig, um künftig besser auf ein Blitz-Hochwasser vorbereitet zu sein.

Der Klimawandel hat massive Auswirkungen auf das Wetter auch in NRW. Das nächste „Jahrhunderthochwasser“ kann uns schon im Herbst drohen. Deswegen muss das Land jetzt Tempo machen.

Wichtig ist, bei der Hochwasser-Prognose die kleinen Flüsse in den Blick zu nehmen. Die Erft hat sich innerhalb von wenigen Stunden vom kleinen Flussschen in einen reißenden Strom verwandelt. Weil die Vorwarnzeit extrem kurz ist, müssen die Anlieger in den Flusstälern künftig ganz gezielt per SMS, mit Sirenen und Lautsprecherwagen alarmiert werden. Wer sein Hab und Gut in Sicherheit bringen muss, sollte sich nicht darauf verlassen müssen, dass der WDR sein Programm ändert. Auch bei den Talsperren gibt es viel zu tun. Die Wasserverbände müssen verpflichtet werden, auch im Sommer eine Reserve für Starkregen vorzuhalten. An der Wupper hätten Milliarden Schäden verhindert werden können, wenn die Wuppertalsperre vor der Flut nicht schon randvoll gewesen wäre.

Kölner Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont f., Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.

Chefredakteur: Carsten Fiedler.

Stellvertreter: Lutz Feierabend, Dr. Sarah Brasack.

Head of Digital: Martin Dowideit.

Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).

Chefkorrespondent: Joachim Frank.

Köln: Christian Hümmeler (Leitender Redakteur); Landeskorrespondent: Gerhard Voogt (Leitender Redakteur).

Frank Olbert (Bildung); Newsteam: Kendra Stenzel;

NRWStory: Claudia Lehnen, Maria Dohmen (Reportage);

Wirtschaft: Thorsten Breitkopf; Sport: Christian Lör; Kultur: Anne Burgmer; Magazin: Eva Fiedler, Jenny Meysner; Chefreporter: Peter Berger, Detlef Schmalenberg, Karlheinz Wagner; Art Director: Nikolaus Janitzky; Produktion: Klaus Schroder; Redaktionsleiter: Michael Greuß; Christine Badke.

Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.

Hauptstadtdbüro: Eva Quadbeck (Ltg.); RND Berlin GmbH, GF: Marco Fenske.

Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Katrin Pribyl; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Damiir Fräs; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Istanbul/Nikosia: Frank Nordhausen; Johannesburg: Johannes Dieterich.

Nachrichtengeneratoren: dpa, afp, sid, kna

E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@dumont.de; Fax Redaktion: 0221/224 2524.

Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & CoKG, 50590 Köln, Neven DuMont-Haus, oder Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln. Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.

Verlagsgeschäftsführer: Mirco Striewski, Karsten Hundhausen (Mediaverkauf).

Leitender Vertrieb: Birgit Rollesbroich.

Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 23 vom 1. Januar 2021 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnenten-Service: Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32

E-Mail: abo-kundenservice.koeln@dumont.de

Anzeigen-Service: Tel. 0221 / 92586410, Fax 02 21 / 224-24 91

E-Mail: anzeigen.koeln@dumont.de

Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.

Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de